

Der Bund

AZ 3000 Bern 1
Fr. 2.80 / € 2.20 (inkl. MWSt.)

Bubenbergrplatz 8, 3001 Bern
Tel. 031 385 11 11/Fax 031 385 11 12
Internet: www.eBund.ch/abo@derbund.ch
Abonnement: Tel. 031 385 14 44
Inserate: Tel. 031 330 33 10

UNABHÄNGIGE LIBERALE TAGESZEITUNG · GEGRÜNDET 1850

BOBO SINGT FÜR DIE SCHWEIZ, S. 40
157. Jahrgang Nr. 293



SBB-CHEF Dank dem abtretenden SBB-Chef Benedikt Weibel geniesst die Bahn weiterhin hohen Kredit. Seite 2

WISSEN Weihnachtsgewürze als Medizin: Wissenschaftler untersuchen Wirkungen und Nebenwirkungen und finden Überraschendes. Seite 32

WELTMUSIK Das belgische Label Crammed Discs beliefert die Welt geschmackssicher mit einer ganz eigenen Form von globaler Musik. Seite 33

Medikamente im Supermarkt

DETAILHANDEL Die Schweizer Grossverteiler wollen den lukrativen Medikamentenverkauf nicht länger den Apothekern überlassen. Mit unterschiedlichen Strategien wollen sich Migros und Coop ein Stück vom Milliardenkuchen abschneiden. Während Branchenführer Migros auf den Versandhandel setzt und als Zwischenhändlerin der Apotheke Zur Rose auftritt, baut Coop eine eigene Apotheker-Kette auf. Bei Migros ist der Pilotversuch in der Schlussphase – mit bisher bescheidenem Volumen. Coop hingegen hat bereits 21 Standorte eröffnet und kann im laufenden Jahr erneut ein kräftiges Umsatzwachstum ausweisen. (adk)

Seite 13

Die CO₂-Abgabe kommt

Der Ständerat hat die Einführung der CO₂-Abgabe auf 2008 beschlossen

Jetzt ist es definitiv: Nach dem Nationalrat hat gestern auch der Ständerat beschlossen, auf 2008 eine CO₂-Abgabe auf Heizöl einzuführen.

INGRID HESS

Ab 2008 wird in der Schweiz eine CO₂-Lenkungsabgabe auf Heizöl und Gas eingeführt. Erhoben wird sie wahrscheinlich erst ab 2009. Diesen Beschluss des Nationalrats vom Sommer hat gestern der Ständerat gutgeheissen und erneuten Versuchen, die Abgabe zu verzö-

gern oder ganz zu verhindern eine Absage erteilt.

Die Klimaerwärmung hat im Ständerat sichtbar Spuren hinterlassen. Der Entscheid für eine gestaffelte Einführung der CO₂-Abgabe fiel mit 26 gegen 15 Stimmen überraschend deutlich aus. Befürworter der raschen Einführung der CO₂-Abgabe stammten aus allen Fraktionen. Neben den SP-Vertreterinnen und Vertretern stimmten sowohl eine Mehrheit der CVP, als auch die Hälfte der FDP sowie SVP-Ständeräte wie This Jenny (GL) oder Hans Lauri (BE) für die Abgabe. «Die Klimaerwärmung ist Tatsache, die

wir nicht mehr aufhalten können, aber wir müssen sie bremsen», mahnte Jenny in ungewohnt grüner Tonart und gab seinem Votum Nachdruck, in dem er zwei Bilder des schwindenden Aletsch-Gletschers in die Höhe hielt.

Gaskombikraft ungelöst

Noch keine Einigkeit herrscht zwischen den beiden Räten in der Frage, was mit den bereits geplanten Gaskombikraftwerken geschehen soll. Mit 20 gegen zwölf Stimmen beschlossen die Ständeräte, die «neuen CO₂-Schleudern» bloss als Übergangslösung

im Kampf gegen die erwartete Stromlücke in rund 15 Jahren zu akzeptieren. Der Ständerat will, dass Gaskraftwerke ihre Emissionen ganz kompensieren müssen und dies nur zu höchstens 30 Prozent mit ausländischen Zertifikaten. Ein Antrag von Hans Lauri, die Schleusen zugunsten der Kraftwerksbetreiber stärker zu öffnen, und bloss eine Kompensation der Emissionen von mindestens 60 Prozent zu verlangen, wurde deutlich abgelehnt. Der Nationalrat hatte auf eine solche Klausel ganz verzichtet.

Seite 7

KOMMENTAR

Politischer Klimawandel

INGRID HESS

Der SVP-Politiker This Jenny hat gestern Bilder von schwindenden Gletschern hochgehalten und eindringlich vor den Folgen des Klimawandels gewarnt. Die Klimaerwärmung ist also nun auch im bürgerlichen Zentrum angekommen. Der Treibhauseffekt kann heute nicht mehr als Hirnspinster grüner Fundamentalisten oder Wissenschaftler abgetan werden, sondern ist inzwischen für jeden Einzelnen wahrnehmbare Realität, die die Schweiz bereits Milliarden kostet und dem Skitourismus Mindereinnahmen beschert.

Die Schweiz kann das Weltklima nicht retten. Mit 0,2 Prozent der weltweiten Emissionen an Treibhausgasen trägt die Schweiz nur unwesentlich zum Klimawandel bei. Diesem verführerischen Gedanken ist der Ständerat gestern aber nicht gefolgt. Er hat sich mit klarer Mehrheit dafür ausgesprochen, die CO₂-Abgabe auf Heizöl einzuführen, um damit den Ölkonsum weiter zu drosseln.

Der Beitrag der Schweiz zur Rettung der Welt vor dem Klimawandel mag klein sein. Doch hat die Schweiz nicht nur die Pflicht, Verantwortung zu übernehmen, statt nur auf die anderen zu zeigen. Sie hat auch ureigene wirtschaftliche Interessen. Deshalb ist die gestern beschlossene Lenkungsabgabe ein kleiner, aber wichtiger Schritt. Sie ermöglicht es, die Schweizer Wirtschaft weiter in Richtung Energieeffizienz zu treiben. Denn sie gibt Unternehmen und Hauseigentümern einen finanziellen Anreiz, in Energieeffizienz und CO₂-arme Technologien zu investieren. Damit steigert die Wirtschaft ihre Wettbewerbsfähigkeit in den Zukunftstechnologien. Ungelöst bleibt jedoch das Problem Verkehr, der als hartnäckigster CO₂-Verursacher nicht der Lenkungsabgabe untersteht.

Die CO₂-Abgabe ist auch ein klares politisches Signal, in welche Richtung sich Wirtschaft und Gesellschaft bewegen sollen. Das betrifft auch die künftige Stromversorgung. Will die Schweiz die nahende Stromlücke schliessen, kommt sie zumindest mittelfristig kaum um Gaskombikraftwerke herum. Mit der Einführung der CO₂-Abgabe hat die Bundespolitik jetzt zumindest die gesetzliche Grundlage, um von den Stromunternehmen zu verlangen, dass sie den zusätzlichen CO₂-Ausstoss irgendwie kompensieren.

HEUTE IM «BUND»

Schüsse in Rafah

Ismail Haniya wurde an der Einreise nach Gaza gehindert, erbotene Palästinenser stürmten daraufhin den Grenzübergang. 3

FDP hält an Initiative fest

Obwohl das Parlament das Verbandsbeschwerderecht verschärft hat, hält die FDP, zumindest vorläufig, an ihrer Initiative fest. . . 9

Prominenter Rücktritt

Lindsay Davenport, frühere Weltnummer 1 im Frauentennis, hört auf. Sie erwartet ein Kind. 20

Skihüttenpartys

Der Partyveranstalter GUS zieht in die Ganterschregion. Auch anderen Unterländern gefällt sie. 24

Weniger Nachtwache

Die Regionalspital Emmental AG setzt in Burgdorf und Langnau erste Sparprojekte um. 31

Lischka «art-clips»

Gerhard Johann Lischka zeigt in Wicht Kurzvideos aus der Schweiz, Österreich und Deutschland. 35

Es ist und bleibt ein Unfall

Im offiziellen Untersuchungsbericht zum Tod von Prinzessin Diana steht: Es war ein Unfall. 40

Wetter/Leserbriefe 12
Börse 17
bernerkultur.ch 36
bernerkino.ch 37
Todesanzeigen/Danksagungen 38
Radio- und TV-Programme 39

www.eBund.ch



REKLAME



Die Zinsen steigen

Die Nationalbank erhöht ihren Leitzins

Die Nationalbank hat gestern ihren Leitzins um 0,25 Prozentpunkte erhöht und visiert nun einen Satz von 2 Prozent an. Dieser Leitzins gilt für 3-Monats-Kredite unter den Geschäftsbanken.

Wie nach jeder Leitzinserhöhung riefen auch gestern der Hauseigentümerverband und der Mieterverband die Hypothekarbanken zur Mässigung auf. Die Hypotheken reagieren in der Regel nur begrenzt auf Zinsschritte der Notenbank. Dies zeigt das Beispiel der Berner Kantonalbank (BEKB).

Seit Dezember 2005 hat die Nationalbank ihren Leitzins in fünf Schritten um total 1,25 Prozent erhöht. Die Hypothekarsätze der BEKB stiegen in der gleichen Zeit nur um rund 0,6 Prozent (2-Jahres-Hypotheken) bzw. um 0,25 Prozent (8-Jahres-Hypotheken) bzw. gar nicht (variable Hypotheken). Der Durchschnittssatz aller BEKB-Wohnungsbauhypotheken lag im November 2005 bei 2,96 Prozent, Ende November 2006 praktisch gleich hoch – bei 2,97 Prozent. (hs)

Seite 15

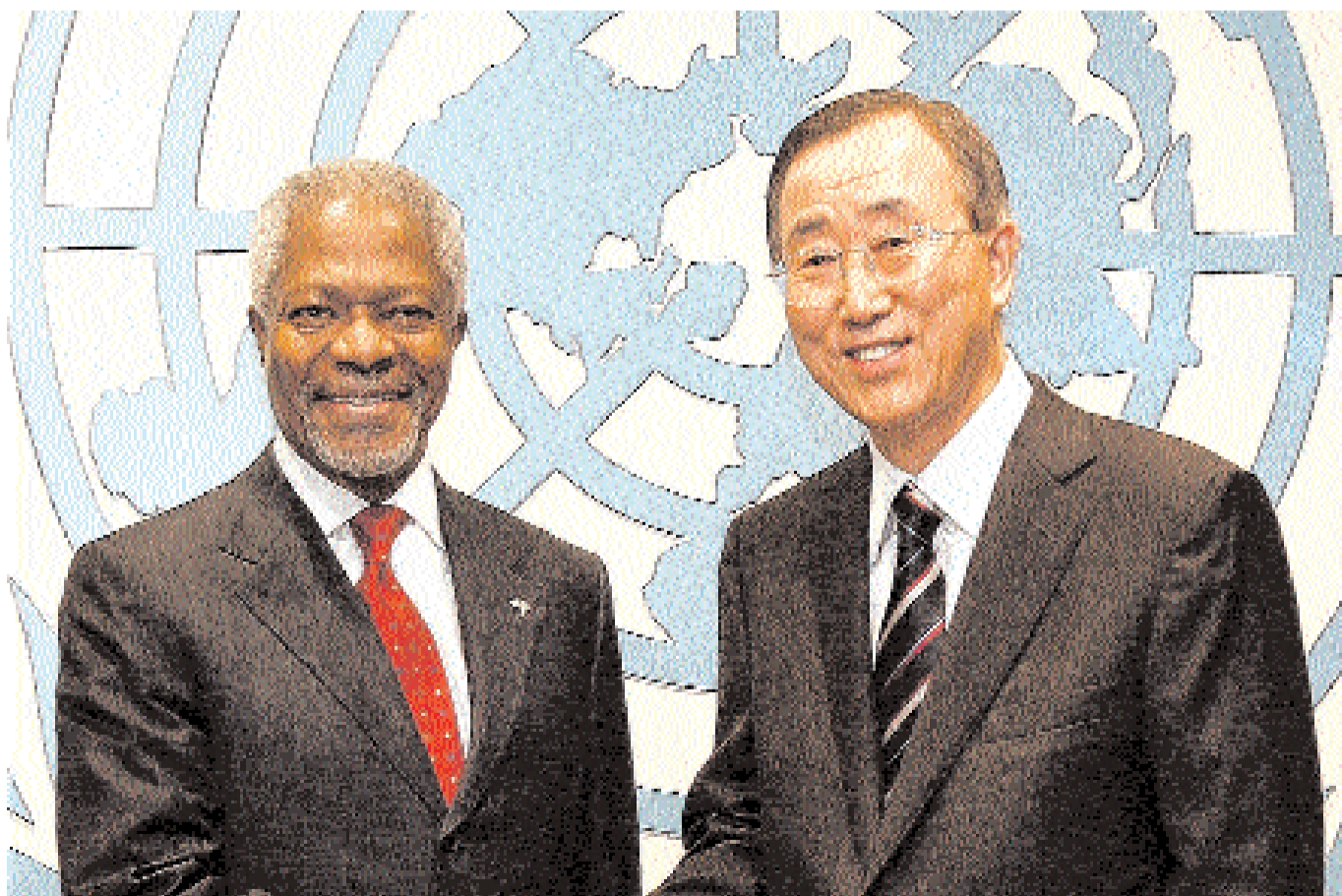
Eggers Energiepolitik provoziert Widerstand

KANTON BERN Vor drei Wochen stimmte der Grosse Rat deutlich der Energiestrategie der bernischen Regierung zu. Jetzt, da es an die Umsetzung geht, gibt es jedoch Widerstand auf bürgerlicher Seite. Gestern schickte Energiedirektorin Barbara Egger (sp) das revidierte Energiegesetz in die Vernehmlassung. Vorgesehen ist, dass rund 60 so genannt energierelevante Gemeinden neue Vorschriften bezüglich Energienutzung und einheimischen Energiequellen erlassen. Grosses Gewicht wird im Ge-

setzesentwurf auf Energieeffizienz und erneuerbare Energie gelegt.

Die Mehrheit der Regierung hänge weiterhin «der Utopie der 4000-Watt-Gesellschaft» nach, so die Kritik der SVP. Auf «Biegen und Brechen» werde versucht, den wachsenden Energiekonsum zu begrenzen. Ziel der Regierung sei, Mühleberg abzustellen. Die FDP bemängelte, es würden «wieder neue Vorschriften» geplant. Dadurch werde in den Gemeinden das Bauen verkompliziert. (sur)

Seite 21



MARK GARTEN/KEYSTONE

Von Kofi Annan zu Ban Ki Moon

Ban Ki Moon, der frühere Aussenminister Südkoreas, hat gestern vor der Uno-Vollversammlung in New York seinen Amtseid abgelegt. Ban versprach, er werde den Interessen der Uno dienen und keine

Weisungen von Regierungen oder anderen Organisationen annehmen. Am 1. Januar wird er als achter Uno-Generalsekretär das Amt vom abtretenden Kofi Annan offiziell übernehmen.

Seite 3

REKLAME



«Die Schlüssel für das Land»

PRÄSIDENTENFEIER Die neue Bundespräsidentin Micheline Calmy-Rey ist gestern in Genf herzlich empfangen worden. Nach einer kurzen Begrüssung durch den Genfer Stadtpräsidenten André Hedinger am Bahnhof ging es weiter zum offiziellen Festakt ins Batiment des Forces Motrices, einem ehemaligen Kraftwerk mitten auf der Rhone, wo 900 Gäste erwartet und mehrere Reden gehalten wurden. Der scheidende Bundespräsident Moritz Leuenberger zeigte sich erfreut, seiner Parteikollegin «die Schlüssel für das Land» übergeben zu können. Es sei schön, Präsident zu sein, wenn auch manchmal etwas anstrengend. Dabei denke er vor allem an Staatsempfänge, wenn man die Reihen der Ehrenkompanie abschreiten müsse. Er hege keine Zweifel, dass Calmy-Rey das Präsidialjahr meistern werde. Schliesslich habe sie immer wieder in neue Rollen gefunden, etwa als Walliserin in Genf, als Genferin in Bern oder als Sozialistin in einer rechten Regierung. (ap)

Verunsicherte Schweizer

UMFRAGE Die neueste Fühlung am Puls der Gesellschaft im Rahmen des Langzeitforschungsprogramms Univox bestätigt einen bitteren Trend: Gefühle von Verunsicherung und Orientierungslosigkeit hegen breite Teile der Schweizer Bevölkerung. Viele fühlen sich von den Umstrukturierungen in der Wirtschaft, dem Technikwandel, der Einwanderung und den sozialpolitischen Wertediskussionen seit den 1990er-Jahren überfordert. Gut die Hälfte der Schweizer Stimmbürger könne als orientierungslos eingestuft werden, schreibt die Gesellschaft für praktische Sozialforschung in einer Mitteilung von gestern. Besonders gross sind die Ängste bei Personen mit tiefer Bildung und bei der älteren Generation. Doch auch bei den Jungen hätten Verunsicherung – und teilweise Perspektivlosigkeit – in den letzten Jahren zugenommen.

Die Lebensform Ehe wird nach wie vor positiv eingeschätzt. Allerdings sei der Vorsprung der Ehe gegenüber der nichtehelichen Lebensgemeinschaft und dem Alleinleben geschrumpft. Das unverheiratete Zusammenleben beurteilen heute gut zwei Drittel als gute Lebensform, 1986 waren es erst 46 Prozent. Allein zu leben empfanden 1986 nur 31 Prozent der Befragten als positiv, 2002 waren es dann 60 Prozent. Nun aber haben sich die kritischen Stimmen am Single-Dasein wieder verstärkt: 2006 werteten nur noch 34 Prozent das Single-Dasein als positiv.

Für die Umfrage wurden im September 705 repräsentativ ausgewählte Stimmberechtigte in der Deutsch- und Westschweiz befragt. (app)

KORRIGENDUM

Frick hat Ja gestimmt

CO₂-ABGABE In seiner Vorschau zur CO₂-Debatte im Ständerat hat der «Bund» gestern geschrieben, dass der Schwyzer Ständerat Bruno Frick «voraussichtlich» gegen eine vom Treibhausgas-Ausstoss abhängige Abgabe stimmen werde, wie sie der Nationalrat vorschlägt. Dabei wurde diese Aussage in Kontrast gesetzt zu früheren Äusserungen Fricks, in denen sich dieser für eine CO₂-Abgabe aussprach und das Parlament davor warnte, sich von dieser Idee wieder zurückzuziehen. Bruno Frick selber hat sich von der Idee nicht zurückgezogen und gestern im Ständerat für die Abgabe im Sinn des Nationalrats gestimmt. Auch Ja gesagt hat er im Text erwähnte Hansheiri Inderkum. Er entschuldigt uns für die Fehleinschätzung. (paf)

Die CO₂-Lenkungsabgabe auf Heizöl wird eingeführt. Tiefer für Energie in die Tasche greifen müssen vor allem Personen mit grossem Wohnraum und die Industrie. Familien und der Dienstleistungssektor profitieren.

INGRID HESS

Ab 2008, wahrscheinlich aber erst ab 2009 werden die Schweizer Wirtschaft und die Wohnbevölkerung eine CO₂-Abgabe auf Heizöl bezahlen müssen. So hat es gestern eine klare Mehrheit im Ständerat beschlossen. Sie hofft so die Schweizer Klimaziele bis 2012 erfüllen zu können. Die Abgabe wird ab 2008 in drei Stufen eingeführt. Wahrscheinlich ist jedoch, dass die erste Stufe übersprungen werden kann. Dies passiert dann, wenn die CO₂-Emissionen im Jahr 2006 im Vergleich zu 1990 leicht rückläufig sind, was bereits im 2005 der Fall war. Dann befände sich die Schweiz auf dem Absempfad für den Ausstoss an CO₂. Spätestens 2007 – davon gehen alle Energieprognosen aus – wird die Schweiz sich von ihren Klimazielen jedoch wieder entfernen.

Erst 6 dann 9 Rappen pro Liter

2009 startet die CO₂-Abgabe also direkt mit der zweiten Stufe. Ab dann werden auf eine Tonne CO₂ 24 Franken erhoben. Das entspricht 6 Rappen pro Liter Heizöl. Ab 2010, wenn die dritte Stufe in Kraft tritt, müssen pro Liter Heizöl 9 Rappen (36 Franken) bezahlt werden. Der Ertrag aus der CO₂-Abgabe soll dereinst jedoch wieder voll an die Bevölkerung und die Wirtschaft zurückerstattet werden. Laut Berechnungen des Bundesamts für Umwelt werden es ab der dritten Stufe im Durchschnitt 50 Franken pro Einwohner sein.

Eine vierköpfige Familie müsste dann auf ihren Heizkosten rund 150 Franken CO₂-Abgabe zusätzlich bezahlen. Sie erhielte aber rund 200 Franken pro Jahr via Krankenkasse ausbezahlt. Das sind 50 Franken mehr, als sie für die Lenkungsabgabe bezahlt hat (siehe Kasten). Tiefer in die Tasche

CO₂-Abgabe ab 2009

Die vom Parlament beschlossene **Klimaabgabe** belohnt Energiesparer



Die Mehrheit des Parlaments ist überzeugt, dass mit der CO₂-Abgabe der **Heizölverbrauch** sinken wird.

DELLA VALLEKEY

greifen müssen Mieter oder Hauseigentümer, die in grosszügigen Wohnungen und Häusern leben.

Dienstleister profitieren

Auf gut 300 Millionen Franken beläuft sich die CO₂-Abgabe für das von der Wirtschaft verursachte CO₂, wie aus einer Erhebung des Center for Energy Politics and Economics der ETH Zürich hervorgeht. Diese Summe wäre noch um einiges höher, hätten nicht viele Unternehmen oder Branchen, weil sie mit der Einführung der CO₂-Abgabe rechneten, bereits in Energieeffizienz investiert. 1500 Unternehmen haben mit dem Bund Zielvereinbarungen abgeschlossen. Werden sie diese erfüllen, können sich die Unternehmen von der CO₂-Abgabe befreien lassen.

Für energieintensive Branchen wie die Zementindustrie sind die

Zielvereinbarungen von grosser Bedeutung, da sie über wenig Personal verfügen und daher verhältnismässig wenig von der Rückverteilung profitieren. Denn diese bemisst sich nach der AHV-Summe, die ein Unternehmen bezahlt. Ins-

gesamt konnte die Industrie mit Hilfe der Zielvereinbarungen die CO₂-Abgabe-Summe um 100 Millionen Franken auf rund 140 Millionen Franken senken. Der Dienstleistungssektor bezahlt daher mit rund 170 Millionen Franken den

grössten Teil der Abgabenlast. Allerdings profitiert der Dienstleistungssektor wegen hoher Personalintensität von der Rückverteilung. 60 Millionen Franken wandern auf diese Art von der Industrie in den Dienstleistungssektor.

SO WÜRDEN SICH DIE CO₂-ABGABE AUF DIE HAUSHALTE AUSWIRKEN (IN FRANKEN PRO JAHR)

	CO ₂ -Abgaben Wohnen / Heizen	Rückverteilung	Saldo
Familie mit zwei Kindern 150m ² , Ölheizung	150.–	200.–	50.–
Familie mit 3 Kindern Holzspeicherheizung	0.–	250.–	250.–
Einpersonenhaushalt 90m ² Gasheizung	30.–	50.–	20.–
Zweipersonenhaushalt 120m ² , Ölheizung	248.–	100.–	-148.–
Zweipersonenhaushalt, Einfamilienhaus 200m ² , Ölheizung	413.–	100.–	-313.–
Fünfpersonenhaushalt WG, saniert 150 ² , Ölheizung	376.–	250.–	-126.–

Die Berechnungen basieren auf einer CO₂-Abgabe von 9 Rappen pro Liter Heizöl oder 36 Franken pro Tonne CO₂.

Quelle: Buwal

AUCH POLITIKER AUS FDP UND SVP FÜR KLIMASCHUTZ

«Globale Erwärmung ist eine Tatsache»

Simonetta Sommaruga (sp):



«Die Reduktion der CO₂-Emissionen ist seit der Verabschiedung des CO₂-Gesetzes noch drängender geworden. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse zeigen, dass zwar in erster Linie die ohnehin wirtschaftlich bereits ärmsten Länder vom Klimawandel am meisten betroffen sind. Aber auch die Schweiz als Alpenland hat grösstes Interesse daran, dass die klimapolitischen Verpflichtungen auch auf internationaler Ebene eingehalten werden, und selbstverständlich müssen wir uns hier auch in diese Verpflichtung einreihen. Schliesslich muss man sich bewusst sein: Erst wenn die CO₂-Abgabe eingeführt ist, kann sich die Schweiz dem EU-Emissionshandelssystem anschliessen. Dann erst werden die realisierten Reduktionen der Unternehmen handelbar, was für jene, welche die Ziele mehr als erfüllt haben, von grösster Wichtigkeit ist. Auch für Waldbesitzer gilt: Wenn sie ins CO₂-Zertifikatesgeschäft einsteigen

wollen, dann ist eine CO₂-Abgabe ebenfalls Voraussetzung für diese Handelsbasis.»

Filippo Lombardi (cvp):



«Wir sprechen also von einer Vorbildfunktion der Schweiz: Wir wollen der Welt zeigen, dass wir mit unseren Verpflichtungen ernst umgehen und dass wir die Massnahmen einführen, die uns erlauben, unsere Verpflichtungen zu erfüllen. Wenn wir aber eine Vorbildfunktion übernehmen wollen, müssen wir sie konsequent übernehmen und die grösste Herausforderung, die wir haben, seriös anpacken: die Stromversorgungslücke. Das ist die zentrale, die einzige wirklich bedeutende Frage. Alles andere ist sekundär, alles andere sind Kleinigkeiten, die wir machen können, um ein gutes Gewissen zu haben, aber die zentrale Frage ist mit diesem Gesetz, mit dieser Abgabe, gar nicht gelöst. Zusammen mit anderen Ländern wie Norwegen ist die Schweiz heute eines der wenigen Länder, die ihren

Strom praktisch CO₂-frei produzieren. Was für ein Vorbild würden wir für genau jene Länder wie Indien und China, die jetzt Kohlekraftwerke bauen, liefern, wenn wir jetzt von diesem Weg abweichen würden und unsere Stromerzeugung für die Zukunft mit Gaskraftwerken sichern wollen?»

This Jenny (svp):



«In dieser Debatte gibt es Fakten, vor denen wir die Augen nicht verschliessen dürfen. Den Treibhauseffekt mit all seinen Folgen können wir nicht mehr vermeiden, aber wir können wenigstens versuchen, den rasanten Temperaturanstieg zu bremsen. Die globale Erwärmung ist eine Tatsache und kann nicht schöngeredet werden, unabhängig davon, wie lange wir diskutieren. Und vor allem findet sie in einem Tempo statt wie nie zuvor, und sie ist – das ist beängstigend – von uns Menschen verursacht. Seien wir doch ehrlich: All jene, die diese CO₂-Abgabe vom Ölpreis abhängig machen wollen,

wollen nichts, rein gar nichts. Das ist zwar ihr gutes Recht, aber dann soll man dazu stehen und nicht scheinheilig und doppelbödig mit Wenn und Aber argumentieren.»

Erika Forster-Vannini (fdp):



«Die vorgeschlagene Bindung der CO₂-Abgabe an den Heizölpreis würde den Heizölmarkt faktisch ausser Kraft setzen, denn nicht nur die Heizölwirtschaft, sondern auch die Konsumenten hätten ein

Interesse daran, dass der Heizölpreis unter die Marke von März 2005 fällt. (...) Der klare Wille seitens des Parlaments, die Abgabe selbst dann einzuführen, wenn der Ölpreis konstant hoch ist, das Ziel des CO₂-Ausstosses trotzdem verfehlt wird, sendet an die Verbraucher aber ein weit stärkeres und unmissverständlicheres Signal. Nur so werden Unternehmen und Haushalte die Aufgabe in ihre künftige Planung mit einbeziehen. Der Anreiz zum Sparen wird grösser, und der Einsatz CO₂-freier oder -ärmerer Energieträger wird vermehrt zum Tragen kommen.»

REKLAME

kultur & reisen

Palma de Mallorca (18.-22.01.07)
Salzburg (26.-29.01.07)
Lyon (8.-9.02.07)
Graz (1.-4.03.07)
Riga & Vilnius (4.-8.04.07)
Polen-Rundreise (14.-19.05.07)

Ihr Spezialist für Kultur- und Musikreisen:
IB Travel AG · 8050 Zürich
Tel. 044 262 06 66 · www.ib-travel.ch